

## Wählen mit 16!?!<sup>1</sup>

*„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ (KRK, Art. 12)*

### Wahlberechtigung – die verbindlichste Form der demokratischen Einbindung

Das Kinderrecht auf Partizipation, das Grundprinzip der Kinderrechtskonvention schlechthin, meint, dass Kinder und Jugendliche in Entscheidungsprozesse einzubinden sind. Es ist umfassend gemeint, und der Gang zur Wahlurne ist auch nur eine Möglichkeit der Beteiligung Jugendlicher an politischen Entscheidungsprozessen. Das aktive Wahlrecht ist aber die verbindlichste Form der demokratischen Einbindung und quasi verbrieftes Staatsbürger/innen-Recht.

Ab wann Jugendliche dieses Recht haben sollten, wird unterschiedlich interpretiert. Dies lässt auch der Art. 12 der KRK zu mit der Formulierung *„entsprechend seinem Alter und seiner Reife“*.

Wenn das **Wahlalter** als Indikator dafür genommen wird, was jungen Menschen zugemutet werden kann, dann spiegelt das Wahlrecht der Bundesländer die unterschiedliche Einschätzung.

Bei den Gemeinderatswahlen haben in fünf Bundesländern Jugendliche ab 16 Jahren das Wahlrecht. Die Steiermark hat dies bereits 2001 beschlossen, Burgenland und Kärnten folgten 2002, Wien 2003 und Salzburg 2005. In Wien sind Jugendliche ab 16 Jahren seit 2003 auch zur Wahl zum Landtag zugelassen, in Burgenland und Salzburg seit 2005.

Die Wahlbeteiligung der jungen Wähler/innen (16-18 Jahre) war jeweils hoch: Im Burgenland war sie mit 73 % am höchsten. Aber auch in Kärnten (67 %), in der Steiermark und in Wien (59 %) war sie gut – meist größer als die der älteren Wahlberechtigten. Diese Ergebnisse widersprechen der häufig vorgebrachten Aussage, dass Jugendliche nicht an Politik interessiert wären und sich an Wahlen nicht beteiligen würden.

Dass Jugendliche auf eine (sinnvolle) Beteiligung vorbereitet werden müssen, zeigt sich an einer differenzierteren Wahlanalyse. Nach einer OGRIS-Analyse der Wiener Erstwähler vom 16. Dez. 2005 betrug die Beteiligung bei AHS-Schülern 69 %, bei bereits Berufstätigen 55 % und bei Lehrlingen 45 %. Bildung spielt also eine große Rolle.

Auch die Meinung, dass Jugendliche ohnehin nur das Wahlverhalten ihrer Eltern reproduzieren würden, konnte nicht bestätigt werden. Sie waren wenig an den Spitzenkandidaten orientiert, umso mehr an Sachthemen. Sie haben nicht wie befürchtet radikale Parteien gewählt, denn Parteien, die autoritäre Einstellungen vertreten, kommen bei jungen Menschen nur in geringem Maße an (Jugendwerte-Studie). Sie informieren sich am liebsten über elektronische Medien, ein Zugang, der von den Älteren weniger genützt wird.

Die OGRIS-Analyse bescheinigt den Jungwählern die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit Informationen und zur Entscheidung. Das Wahlrecht

---

<sup>1</sup> Thema des Monats Februar 2007 auf [www.kinderrechte.gv.at](http://www.kinderrechte.gv.at) von Dr. Maria Orthofer und „Expertinnenstimme“ von Mag.a Maria Lettner

wird angenommen, weil sich Jugendliche respektiert fühlen und als kompetent angenommen, es heißt „erwachsen werden“, „Verantwortung übernehmen“.

Die neue Bundesregierung hat daher die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ins Programm genommen, und damit ein Bekenntnis zu einer aktiven Jugend, die Verantwortung und damit auch Entscheidungen übernimmt, abgeben.

Die Debatte, wie Jugendliche am besten auf ihr neues Recht vorbereitet werden können, hat bereits begonnen: Das Unterrichtsministerium wird federführend in Kooperation mit Schulpartnern und Experten konkrete Vorschläge für eine verstärkte politische Bildung erarbeiten.

### Partizipation beginnt und endet nicht mit einem Kreuzerl am Wahlzettel ...

Das Verständnis von Partizipation hat sich seit den 1970er Jahren, v.a. aber seit der Ratifikation der KRK stark gewandelt. Altersgrenzen für Rechte und Verantwortung von Kindern und Jugendlichen wurden adaptiert und dem neuen Verständnis von der Rolle junger Menschen in unserer Gesellschaft angepasst. So wurde 2001 die Rechtsstellung von Kindern gestärkt und das Volljährigkeitsalter von 19 auf 18 Jahre gesenkt.

Wofür Kinder und Jugendliche selber die Verantwortung übernehmen können, wo die Grenze zwischen Schutz vor Überforderung und Bevormundung liegt, darüber bestehen natürlich weiterhin unterschiedliche Meinungen. Die Formulierung *„die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife“* zu berücksichtigen, ist interpretationsbedürftig. Ebenso ist die Frage zu entscheiden, was die *„das Kind berührenden Angelegenheiten“* sind. Warum sollte seine Mitsprache bei familien- und obsorgerechtlichen Angelegenheiten, bei der Spielplatzgestaltung oder mit der Wahl der Schule aufhören?

Partizipation braucht geeignete Rahmenbedingungen, soll das Recht auf Mitbestimmung Bedeutung für Kinder haben und die Balance zwischen den Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe und der Belastung durch Verantwortung gewahrt werden. Bildung und Information ist dabei der wirksamste Schutz vor Manipulation.

Wenn Jugendliche erfahren, dass ihre aktive Mitarbeit – wozu auch das Wählen gehört – Veränderung bewirkt, wird ihr Engagement gefördert. Und weil Beteiligung und Mitbestimmung die Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärkt, wird es darauf ankommen, diese schon früh zu stärken: in der Familie, in der Schule, in der Gemeinde und letztlich auch auf der politischen Bühne auf nationaler oder europäischer Ebene.

Für eine engagierte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft, in der Politikentwicklung und in der Umsetzung sind aber auch neue Zugänge und Methoden zu finden. Vielfältige Bemühungen der EU und des Europarates tragen dazu bei, den Dialog zwischen Kindern und Jugendlichen mit den politisch Verantwortlichen zu stärken, neue Formen des Ausdrucks und der Aktion abseits der traditionellen Beteiligungsstrukturen und -mechanismen zu entwickeln.

Denn die Wahlberechtigung ist nur ein Schritt, wenn auch ein wichtiger: Weil allein die Möglichkeit, bei Wahlen die Stimme abgeben zu können, die Notwendigkeit für die Politik und Verwaltung erhöht, junge Menschen in geeigneter Form anzusprechen, ihre Themen aufzugreifen, ihnen einen gleichwertigen Platz in der politischen Auseinandersetzung zu geben.

## **Mitbestimmen heißt wählen dürfen - und das nicht erst ab 18!**

**Von Mag.a Maria Lettner, Referentin für Jugendpolitik,  
Bundesjugendvertretung, [www.jugendvertretung.at](http://www.jugendvertretung.at)**

Die eben erst angelobte Bundesregierung hat sich die bundesweite Wahlaltersenkung auf 16 Jahre zum Ziel gesetzt. Damit wurde endlich einer langjährigen Forderung der Bundesjugendvertretung (BJV) entsprochen, die sich für eine umfassende Ausweitung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen einsetzt.

Das Vorhaben der Wahlaltersenkung findet sich im Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung sowohl im Kapitel „Wahlrecht“ (S. 127) als auch im Kapitel „Jugendpolitische Maßnahmen“ (S. 132).

Bisher waren ÖsterreicherInnen bei Wahlen aktiv wahlberechtigt, wenn sie am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Die große Ausnahme dieser Regelung stellten fünf Bundesländer dar (W, Sbg., K., Stmk., B.), die das Wahlalter auf Landes- und/oder Gemeindeebene bereits auf 16 Jahre gesenkt haben.

Zusätzlich zur Kampagne „vote4future“, die vor die Information und Motivation von Jung- und ErstwählerInnen zum Ziel hat, erstellte die BJV die Broschüre „Wahl = 16“, die Jugendlichen einen Überblick über die uneinheitliche Wahlalterfestsetzung der einzelnen Bundesländer geben sollte und zusätzlich die Positionen der verschiedenen Parteien zum Thema Wahlaltersenkung skizzierte. Durch die (doch eher überraschende) Einigung der beiden Regierungsparteien werden die noch lagernden „Wahl = 16“-Broschüren wohl hoffentlich bald dem Reißwolf zum Opfer fallen...

*Ende gut, alles gut?*

Um der Senkung des Wahlalters zu Wirksamkeit zu verhelfen, müssen parallel Maßnahmen der politischen Bildung umgesetzt werden, um über demokratische Mitbestimmungsrechte zu informieren und, so nicht ohnehin bereits vorhanden, Interesse zu wecken.

Der Senkung des Wahlalters sollten weiter Demokratisierungsmaßnahmen folgen, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen sicherzustellen.

Ebenso sollte im Zuge der Wahlaltersenkung die österreichische Gesellschaft für das Thema Partizipation von Jugendlichen sensibilisiert werden, um letzte Skepsis auszuräumen. Dabei könnten auch die Ergebnisse einer Studie, bei der Jung- und ErstwählerInnen bei der letzten Landtagswahl in Wien befragt wurden, behilflich sein. Sie widerlegen alle gängigen Gegenargumente zum Thema Wahlaltersenkung. An dieser Stelle seien nur einige der „beliebtesten“ angeführt:

*Jugendliche sind unreif und politisch unmündig.*

Im Gegenteil: Bereits 14-Jährige haben heute die Urteilsfähigkeit von 18-Jährigen, das politische Engagement in der Jugendphase nahm in den letzten Jahrzehnten zu.

Jugendliche machen ihre Wahlentscheidung von Themen abhängig.

Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, dass junge WählerInnen die Entscheidung, wem sie ihre Stimme geben, wesentlich von den vertretenen Inhalten und Themen abhängig machen und nicht, wie vielleicht anders vermutet, von mitunter populistischen Führungspersonlichkeiten.

*Jugendliche haben kein Interesse an Politik.*

Die Zahlen belegen etwas anderes: So gaben drei von vier Jugendlichen bei der Wiener Landtagswahl ihre Stimme ab. Die oftmals als Argument angeführte Politikverdrossenheit der Jugend stellt sich bei genauerem Blick viel eher als Parteienverdruss dar und ist sicherlich kein ausschließlich jugendspezifisches Problem.

*Und was tut die Bundesjugendvertretung...*

Auch auf internationaler Ebene gibt es Diskussionen zur Wahlaltersenkung. Die BJV bringt ihre Position in die diversen Foren (bspw. European Youth Forum) ein und bekommt dadurch auch weitere inhaltliche Anregungen. Näheres dazu findet sich auf den unten angegebenen Websites.

In der Europarats-Kampagne "alle anders – alle gleich", die in Österreich von der Bundesjugendvertretung umgesetzt wird, steht Partizipation von jungen Menschen wesentlich im Zusammenhang mit dem Thema Vielfalt. Nur wenn die Partizipation aller sichergestellt ist, kann Vielfalt als positiver Wert für die Gesellschaft erhalten und gefördert werden.

## **Links**

[Vote 4 future](#): eine Kampagne der österreichischen Bundesjugendvertretung

[Österreichische Bundesjugendvertretung](#): Die BJV ist die gesetzlich verankerte Interessensvertretung von mehr als 40 Kinder- und Jugendorganisationen.

[BMGFJ](#) - Infos zur Jugendbeteiligung

[Wahlinfo der Gemeinde Wien](#)

[Deutscher Bundesjugendring](#)

[www.jugendbeteiligung.cc](#): Website der Arbeitsgemeinschaft Partizipation

[www.politik-lernen.at/goto/polis](#): Serviceangebot für LehrerInnen und MultiplikatorInnen bei der Umsetzung von Politischer Bildung und Menschenrechtsbildung in der Schule

[Domokratiezentrum](#): Politische Bildstrategien: Analyse von Wahlplakaten zur kritischen und eigenständigen Rezeption und Interpretation von Bildern

## **Literaturtipps**

Wählen mit 16 oder früher? Aktuelle Beiträge zur Wahlalterdiskussion – in: *Jugendpolitik* 3/2006. Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendring; Download-Möglichkeit mancher Artikel auf [www.dbjr.de](#)

Kozeluh, U./Nitsch, S.: Wählen heißt erwachsen werden! Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005 – in: *SWS-Rundschau* ; 46 (2006), 2, S. 126 – 149; auch [online](#) verfügbar!

Europäisches Jugendforum (YFJ): [Resolution on lowering the electoral age to the age of 16](#), Council of Members, April 2006.

Deutscher Bundesjugendring (DBJR): [Beschluss zur Wahlaltersenkung auf 14 Jahre](#), Vollversammlung, Oktober 2006.

[Weißbuch Jugend](#) - Das jugendpolitische Grundsatzprogramm der EU (enthält Schwerpunkt Partizipation)

[Jugend und Politische Bildung](#). Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen. Studie der Donau Universität Krems, Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier, 23. April 2007

["Paket für Partizipation" \(12/2006\)](#)

[Positionspapier Partizipation \(06/2002\)](#)